

und Wald der Wind bläst

Fortsetzung von Seite 6

Rund 500 Hektaren Wald umfasst das Hochplateau auf dem Stammerberg. Zwei Drittel davon sind im Besitz der Gemeinde. Vor über 150 Jahren sah es hier jedoch ganz anders aus. Zum Heizen und für die vielen Riegelbauten im Stammertal waren grosse Teile des Waldes gerodet worden. Dank des Schweizerischen Forstgesetzes von 1876 ist der Wald wieder nachgewachsen. Hatte man lange reine Fichtenwälder gepflanzt, sind heute die schwarzen dunklen Wälder auf dem Stammerberg selten, und der Mischwald dominiert. Einem lokalen Wirbelsturm fielen Anfang August 2017 grosse Waldflächen zum Opfer, mit dem Borkenkäfer war rund ein Fünftel des Waldes betroffen; was das Aufforsten grosser Areale mit Zukunftsbäumen ermöglichte. Dass ein Windpark für eine Auslichtung sorgen würde, ist für Gemeinderat Farner nicht nötig.

Wie hoch sind 220 Meter?

Vom «Schomet» fahren wir weiter Richtung «Vorderhütten» und «Hinderhütten», wo wir haltmachen. Wir stehen in einem grossen, lichten Eichenwald. Am nördlichen Abhang blickt man gegen Stein am Rhein und die Burg Hohentklingen, im Nordwesten gegen den Randen und im Südwesten gegen den Irchel. Martin Farner zeigt auf den Talgrund, der rund 200 Meter tiefer liegt. «So hoch wären die Windräder, die vom Stammerberg in den Himmel ragen würden», versucht er bildhaft zu machen, um welche Grössenverhältnisse es geht. «Gigantisch», sagt er.

Was die acht geplanten Windräder an Energie bringen, steht für ihn und den Gemeinderat in keinem Verhältnis zu dem, was sie zerstören. Das Stammermental ist ein Naturdenkmal, im Bundesinventar der schützenswerten Landschaften (BLN Objekt 1403) aufgenommen, «eine Glaziallandschaft

zwischen Thur und Rhein». Auch das Ortsbild von Stammheim ist geschützt und würde für ihn und viele andere durch einen Windpark massiv gestört. «Etwa die Hälfte aller Häuser sind in der Kernzone, der Einbau einer Dachlukarne oder grösserer Fenster ist nicht möglich», sagt er. «Wie kann der Kanton behaupten, der Bau von so grossen Windrädern habe keinen Einfluss auf das Ortsbild?», wundert er sich.

Martin Farner hat viele Argumente gegen einen Windpark auf dem Stammerberg. Der Schutz des Quellwassers ist für ihn ein weiteres, denn welchen Einfluss die Fundamente der Windräder auf den Fluss des Wassers hätten, sei keineswegs geklärt. Die Frage auch an ihn: Wäre es nicht einfacher, die 64 Gigawatt, welche der Windpark jährlich produzieren würde, einfach einzusparen? Zum Beispiel durch das Verbot von

«In meiner Jugendzeit wäre Energiesparen auf freiwilliger Basis noch möglich gewesen, der Gemeinschaftssinn war gross.»

Hansruedi Frei, alt-Gemeindepräsident

grossen schweren Elektro-SUVs? SVP-Politiker Farner hält nichts von Verboten. Er ist in Oberstammheim aufgewachsen, betreibt ein Gartenbauunternehmen in Guntalingen und setzt sich seit Jahren für nachhaltige Lösungen ein. Dass der unersättliche Hunger nach Energie seine Grenzen erreicht hat, ist für den studierten Landschaftsarchitekten klar. In seinem leichten Elektrofahrzeug fahren wir zurück ins Dorf.

Auch das Naturnetz Stammertal hat sich den Kampf gegen den Windpark auf die Fahne geschrieben. Vom Vorstand geben mir die Präsidentin Gabriela Bachmann und Marianne Bilger Auskunft, zusammen mit dem Mitglied Andreas Morant. Ihre Argumente de-

cken sich zum grossen Teil mit denjenigen der Gemeinde. Im Zentrum steht bei ihnen der Schutz der Tier- und Pflanzenwelt. Auch wäre es schwierig, Ersatzflächen für die Aufforstung der zu rodenden Waldpartien in der Nähe zu finden.

Wie hoch muss man sich die Windräder vorstellen? «Ein Bild sagt mehr als tausend Worte», haben sie sich wahrscheinlich gesagt, als sie den Windpark mit dem Dorf im Vordergrund in Szene setzten. Noch eindrücklicher ist es, wenn sich die Windräder auf dem Stammerberg im Video drehen.

«Viel Zeit haben wir nicht mehr»

Für Windenergie steht in Stammheim Thomas Feer ein, Präsident der Grünen Weinland. Er hat ein Leben lang als Informatiker gearbeitet und ist auch Mitglied von Pro Wind Zürich. Polemik ist ihm fremd, das Jonglieren mit Zahlen ebenfalls. Für ihn ist die Windkraft ein Teil der Lösung, wie wir von den fossilen Energien wegkommen. Als Ersatz spielen für ihn Solarenergie und Wasserkraft die Hauptrolle. Die Windenergie könne jedoch auch einen Beitrag leisten, vor allem im Winter, wenn der Wind zwei Drittel der Energie liefert, weniger Sonnenenergie anfällt und die Niederschläge geringer sind.

Für Thomas Feer ist der Wald kein Schutzobjekt per se, sondern in ständigem Wandel. Was für acht Windturbinen auf dem Stammerberg gerodet werden müsste, sei nur ein Bruchteil der 500 Hektaren Wald und ermögliche eine Erweiterung der Biodiversität. Rodungen brächten Licht in dicht bepflanzten Wald. Zudem betont er, dass für jeden Bau einer Windturbine eine Umweltverträglichkeitsprüfung nötig wäre, was mit Auflagen verbunden sei. Wie jede Energieerzeugung birgt auch die Windenergie gewisse Gefahren; das stellt er nicht in Abrede, möchte sie aber in Relation setzen. Allein wenn es

um Emissionen der Rotoren aus Polyester gehe, seien diejenigen der intensiven Landwirtschaft oder des Verkehrs, Stichwort Abrieb von Pneus, unvergleichlich grösser.

«Viel Zeit haben wir nicht mehr», sagt Thomas Feer und verweist auf die neuesten Berichte zum Klimawandel. «Dieser bringt mit Hitze und Dürre eine grosse Gefahr in die Biosphäre, also auch in den Wald.» Seit Langem wisse man, dass die Grenzen des Wachstums erreicht seien. Der Bericht mit diesem Titel wurde 1972 vom Club of Rome veröffentlicht.

Energie sparen kein Thema mehr?

Am Schluss spreche ich mit Hansruedi Frei. Er ist 89 Jahre alt und war von 1974 bis 1986 Gemeindepräsident der damals noch politisch selbstständigen Gemeinde Unterstammheim. Er erinnert sich noch gut an die Ölkrise und wie im November 1973 während einiger Sonntage alle Strassen, sogar die Autobahn, wegen Benzinmangel gesperrt waren. Die Ölkrise veranlasste den damaligen Gemeinderat, ein Pionierprojekt zu starten: Er plante eine Fernwärmeanlage mit Holzschnitzelfeuerung, denn die Gemeinde Unterstammheim besass 230 Hektaren Wald. Der Regierungsrat unterstützte das Projekt mit 600 000 Franken à fond perdu.

1980 konnte die Anlage in Betrieb genommen werden, schweizweit und im ganzen deutschsprachigen Raum eine der ersten Anlagen. Gegenüber Freis Haus, oberhalb der Kirche, ist sie im Erdreich verborgen. Die Geschichte dieser ersten zentralen Holzschnitzelfeuerung hat Hansruedi Frei in «Unterstammheim. Aus der Geschichte des Dorfes» ausführlich beschrieben. Unterdessen wurde die Anlage erweitert, 1990 nahm die Sägerei Keller eine zweite Anlage in Betrieb. Heute werden zwei Drittel der Gebäude in Ober- und Unterstammheim mit Fernwärme beheizt, mit einem Rohstoff, der vor der Türe wächst. Zum Vergleich: In der Gemeinde Wald sind mit rund 350 Haushaltungen etwa sieben Prozent der Gebäude am Fernwärmenetz angeschlossen, das ebenfalls mit Holzschnitzeln beheizt wird.

Hansruedi Frei, der 32 Jahre an der Oberstufe unterrichtete und als Ortshistoriker viele Bücher zur Geschichte seiner Gemeinde verfasste, gehört zur Generation, für die das Sparen von Energie seit Kindsbeinen zum Alltag gehört. «In meiner Jugendzeit wäre es auf freiwilliger Basis noch möglich gewesen, der Gemeinschaftssinn war noch gross. Der Wohlstand hat uns in den letzten fünfzig Jahren jedoch in ein Volk von Egoisten verwandelt. Heute würde ein Sparprogramm wohl nur mit scharfer Kontrolle und harten Geldstrafen funktionieren.» Dabei wäre es so einfach: «Jeder erhält zehn Prozent weniger Strom. Fertig! So wäre das Sparen dem Bau von Windrädern vorzuziehen.» Begleitend müsste nach Frei jedoch eine Art Volkserziehung mit täglichen Kurzfilmen im Fernsehen stattfinden. «Aber nicht mit erhobenem Zeigefinger, sondern unterhaltend.»

*Martin Widmer ist in Stammheim aufgewachsen und lebt seit 25 Jahren in Wald. Sein Text erschien zuerst im «Zürcher Wald» Nr. 3/25; das



Magazin wird herausgegeben von: Verband Zürcher Forstpersonal, Wald Zürich und der Abteilung Wald des Amts für Landschaft und Natur der Baudirektion Zürich.

Windkraft: Zwei Volksinitiativen eingereicht

BERN Keine Windparks in Wäldern und ein Baustart von Anlagen nur mit vorgängigem Vetorecht der betroffenen Bevölkerung: Das fordern zwei nationale Volksinitiativen, die vergangene Woche eingereicht worden sind.

Der Verein für Naturschutz und Demokratie sammelte für die beiden Volksbegehren je rund 110 000 Unterschriften, wie er mitteilte. Ob die Initiativen «gegen die Zerstörung unserer Wälder durch Windturbinen (Waldschutz-Initiative)» sowie «für den Schutz der direkten Demokratie bei Windparks (Gemeinde-schutz-Initiative)» zustande kommen, wird die Bundeskanzlei prüfen.

Die Natur brauche Schutz und dürfe nicht im Namen des Klimas bedroht werden, so die Initianten. Die Waldschutz-Initiative richtet sich gegen das Bauen von Windparks in Wäldern. Sie fordert unter anderem, dass für den Bau von grossen Windkraftanlagen keine Waldrodungen erfolgen dürfen. Ausserdem sollten grosse Windkraftanlagen mindestens 150 Meter von Waldrändern entfernt errichtet werden.

In der Schweiz seien zahlreiche Windkraftanlagen im Wald oder direkt am Waldrand geplant. Für eine Windturbine im Wald müsse jeweils eine Fläche in der Grösse eines Fussballfelds gerodet werden, so die Initianten. Das Waldgesetz verbiete jedoch seit 1872 grundsätzlich Rodungen und verlange Kompensationen. «Plötzlich soll der Waldschutz – nach über 150 Jahren – ausgerechnet zugunsten des Klimaschutzes nicht mehr gelten», moniert der Verein.

Betroffene sollen abstimmen

Die Gemeindeschutz-Initiative fordert, dass alle Einwohner, die vom Bau von Windturbinen betroffen sind, demokratisch abstimmen können. Sie möchte zudem, dass auch besonders betroffene Nachbargemeinden das Recht erhalten, bei Windparks mitzureden.

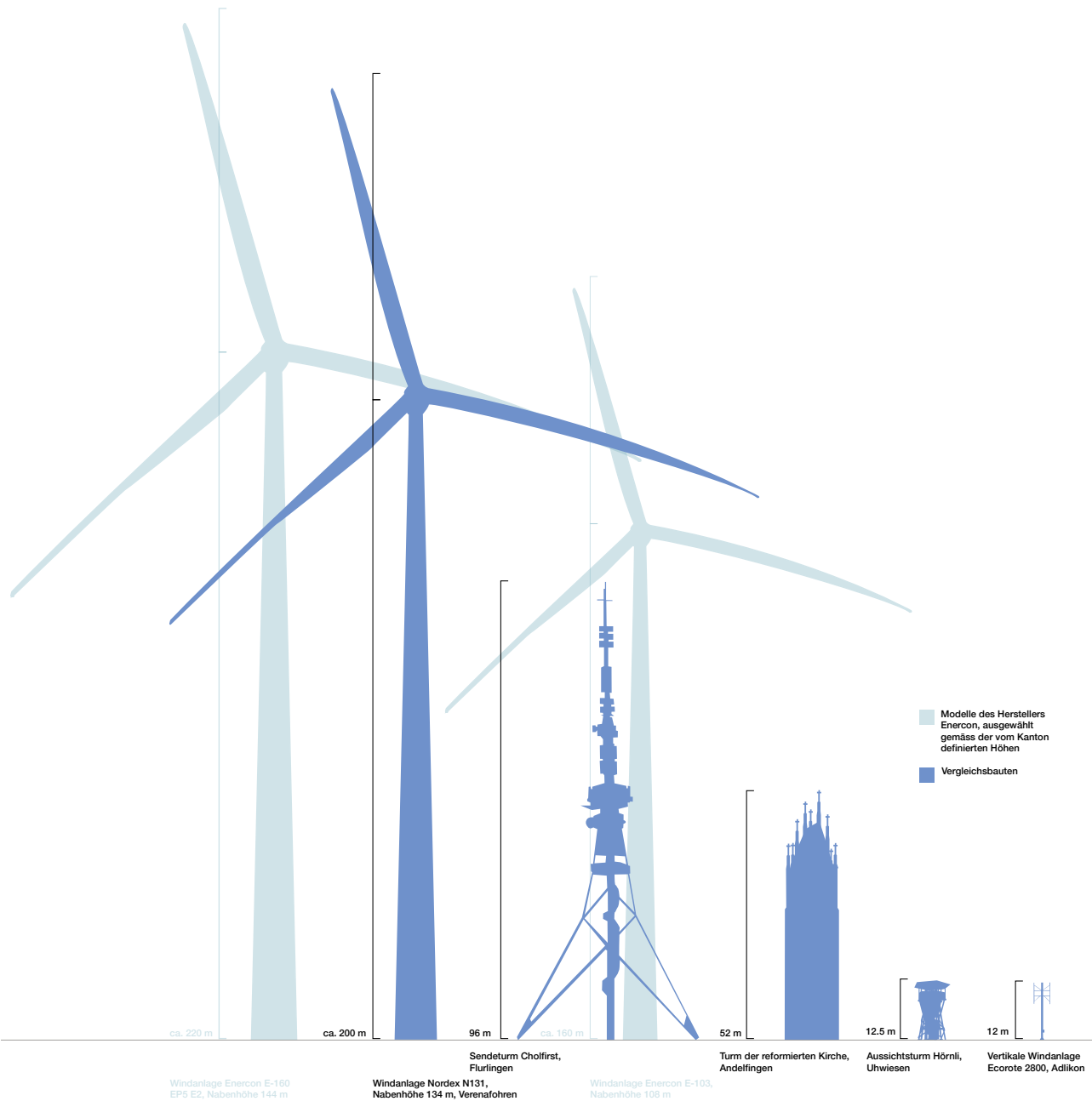
Ein eindrückliches Beispiel sei der Windpark Tramelan im Kanton Bern, der von Tramelan aus gar nicht sichtbar sei, dafür aber Les Genevez JU betreffe, machen die Kritiker geltend.

Elektrizitätsunternehmen warnen

Laut dem Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) schaden beide Initiativen jedoch der Versorgungssicherheit. Der Ausbau von Windenergie stabilisiere vor allem im Winter, in der Nacht und bei Nebel das System.

Investitionen in Windenergie erforderten eine langfristige Planung und klare Rahmenbedingungen, schreiben die Gegnerinnen und Gegner der beiden Initiativen. Die Volksbegehren gefährdeten die Planungssicherheit erheblich. «Projekte stecken fest, Investitionen bleiben aus, und die Energie-wende gerät ins Stocken.» Statt nachhaltiger und sauberer Inlandproduktion steige die Abhängigkeit von Gaskraftwerken und anderen CO₂-intensiven Importen.

Mit den beiden Volksbegehren haben die Initianten unter anderem den Beschleunigungserlass im Visier, den das Parlament zurzeit berät. Mit dem Beschleunigungserlass will der Bundesrat die Verfahren für die Planung und den Bau grosser Anlagen für erneuerbare Energien straffen. Das Parlament will die Standortgemeinden miteinbeziehen: Die Gemeinden sollen mitbestimmen können, solange die Kantone in ihrer Gesetzgebung nichts anderes vorsehen. (sda)



Grössenverhältnisse: Die Windräder im Grössenvergleich mit anderen hohen Bauten in der Region.

Grafik: Archiv